

Bremerhaven, 28.04.2025

Antrag - Nr. StVV - AT 15/2025 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 15.05.2025		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

**Frauenberatungsstelle Zukunft im Beruf (ZIBnet) in Bremerhaven erhalten
(Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P)**

Laut eines Berichts der Bundesagentur für Arbeit vom 28.01.2025 ist die Arbeitslosigkeit von Frauen in Bremerhaven gestiegen und liegt derzeit, wie die Arbeitslosigkeit in der Seestadt insgesamt, deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Unter diesen Frauen sind viele ohne abgeschlossene Berufsausbildung, alleinerziehend oder haben einen Migrationshintergrund. Für eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt benötigen diese Frauen Angebote, die ihren Lebenslagen gerecht werden, wie z.B. Angebote für Ausbildung in Teilzeit, zum Erwerb von Schulabschlüssen, Sprachkurse, Kinderbetreuung sowie eine entsprechende zielgruppenspezifische Beratung.

Die Frauenberatungsstelle Frauen im Beruf (ZIBnet) bietet seit über 30 Jahren eine Orientierungs- und Weiterbildungsberatung für Frauen in Bremerhaven an, die den genannten Ansprüchen gerecht wird. Da im Land Bremen die ESF-Mittel vorzeitig komplett vergeben worden sind, droht die Frauenberatungsstelle ab 2026 nicht mehr aufrechterhalten werden zu können.

Hinsichtlich des Fachkräftemangels ist es zwingend erforderlich, auch Frauen in schwierigen Lebenslagen den Weg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen und Arbeitsmarktprojekte für die genannten Zielgruppen aufrecht zu erhalten.

Aus diesen Gründen möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:
Der Magistrat wird aufgefordert,

1. Dafür Sorge zu tragen, dass die Frauenberatungsstelle ZIBnet über eine institutionelle Landesförderung abgesichert wird. Hierzu sind Gespräche mit der Landesebene aufzunehmen.
2. Eine arbeitsmarkt- und frauenpolitische Strategie auf kommunaler Ebene zu entwickeln, die Schwerpunkte arbeitsmarktpolitischen Handelns beschreibt sowie Handlungsfelder und Zielgruppen benennt. Hierzu sind Gespräche mit der Landesebene aufzunehmen, um mögliche Umsetzungen in Landesprogrammen zu prüfen.

Petra Coordes, Elena Schiller
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P